

In der 1.200-jährigen Geschichte der Stadt Magdeburg fallen zwei durch Zerstörungen verursachte Zäsuren besonders ins Auge: einmal die während des Zweiten Weltkriegs erfolgte Zerstörung der Innenstadt und zum anderen die fast vollständige Vernichtung vom Mai 1631.

Die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges infolge des Bombenkrieges und der erbitterten Verteidigung der Stadt gegen die im April 1945 angreifenden US-amerikanischen Truppen bildeten einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Stadt. Mehrere tausend Menschen wurden bei den Angriffen getötet.¹ Die Stadt verlor 1945 ihr innerstädtisches, bis dahin weitgehend barockes Stadtbild. Doch die grundsätzliche Stellung Magdeburgs als mittlere Großstadt oder gar die weitere Existenz der Stadt standen nicht in Frage. So schwer die Wirkungen des Krieges auch waren, unterschieden sie sich nicht prinzipiell von denen in vielen anderen deutschen Städten vergleichbarer Größenordnung.

Die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges dienten zwar als eine Begründung dafür, dass im Jahre 1945 die Hauptstadtfunktion innerhalb des entstehenden Landes Sachsen-Anhalt an Halle (Saale) überging. Es zeigte sich jedoch, dass auch dies nur eine vorübergehende Erscheinung war, die nach 1990, als das Land Sachsen-Anhalt wieder errichtet wurde, zugunsten der Stadt Magdeburg korrigiert worden ist. Der „Hauptstadtstreit“ zwischen Magdeburg und Halle stellt im Übrigen ein bereits seit mehreren Jahrhunderten schwelendes Problem zwischen den beiden Städten dar, das sich in der Vergangenheit durchaus wechselvoll gestaltet hatte.²

1 Es gibt in der einschlägigen Geschichtsschreibung eine anhaltende Debatte über die Zahl der Toten. Noch während der letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges kam die ursprünglich von der britischen Propaganda genannte Zahl 16.000 ins Spiel, die von den Nationalsozialisten übernommen wurde, um die Brutalität britischer Kriegsführung zu demonstrieren. In der Zeit der DDR wurde bis 1985 ebenfalls ständig die Zahl 16.000 verwendet. In diesem Jahr erschien eine Publikation von Rudi Hartwig und Manfred Wille, die auf der Basis von Archivmaterialien erstmals eine Zahl um 3.000 Tote im Zusammenhang mit dem schwersten Luftangriff vom 16. Januar 1945 nannte. Das hatte eine heftige Kontroverse mit der damaligen Stadtverwaltung zur Folge, weil diese den Autoren Verharmlosung des Krieges vorwarf. Vgl. Rudi Hartwig und Manfred Wille, *Magdeburg im Feuersturm*, Magdeburg 1985. Zum diesem Problem vgl. vor allem: „*Dann färbte sich der Himmel blutrot ...*“. *Die Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar 1945*, hrsg. von Matthias Puhle, Magdeburg 1995.

2 Bereits in mittelalterlicher Zeit residierten die Magdeburger Erzbischöfe auf der Burg Giebichenstein bei Halle. Erzbischof Ernst von Wettin (1476–1513) errichtete nach 1478 in Halle die Moritzburg, die fortan alleinige und dauerhafte Residenz der Landesherren blieb. Erst im Jahre 1713 verfügte die preußische Krone den Umzug der Behörden des nunmehrigen „Herzogtums Magdeburg“ von Halle nach Magdeburg. Mit der Gründung der preußischen Provinz Sachsen 1815 wurde Magdeburg Provinzialhauptstadt. Als aber nach 1945 das Land Sachsen-Anhalt entstand, wurde Halle zu dessen Hauptstadt bis zur Auflösung der Länder der DDR im Jahre 1952.

Aus der Perspektive der Stadtgeschichte insgesamt wird jedoch deutlich, dass die Zerstörung der Stadt im Jahre 1631 die wesentlich folgenreichere war.

Die Stadt Magdeburg schien am Beginn des 17. Jahrhunderts im Zenit ihrer Macht zu stehen. Sie war im Reich und in der ganzen westlichen Christenheit bekannt und berühmt als standhafte Bastion des lutherischen Glaubens, als die Stadt, die dem kaiserlichem Interim getrotzt hatte und „Unseres Herrgotts Kanzlei“ genannt wurde.³ Aus dieser Stellung in den konfessionellen Auseinandersetzungen der Zeit leitete die Elbestadt einen charakteristischen Teil ihres Selbstverständnisses ab. Neben der herausragenden Position als Zentrum des Protestantismus war es vor allem ihr Streben nach Reichsunmittelbarkeit, das die Politik der Stadt bestimmte. In dieser Frage hatte Magdeburg durchaus Erfolge erreicht, denn die Stadt war wiederholt in Vertragssysteme einbezogen und damit sowie in mehrerer anderer Hinsicht faktisch als reichsfreie Stadt anerkannt worden.⁴ Trotz einer Vielzahl von diplomatischen Manövern kam Magdeburg der offiziellen Anerkennung der Reichsfreiheit aber nicht entscheidend näher.

Die Stadt argumentierte mit einem Privileg Kaiser Ottos des Großen, das jedoch nicht vorgelegt werden konnte. Es bestanden bereits zu dieser Zeit Zweifel, ob ein solches Privileg jemals vorhanden, bzw. falls es vor dem Brand von 1631 existiert hat, echt oder gefälscht war.

Das Stadtbild wurde von zahlreichen bedeutenden sakralen und profanen Bauten bestimmt, die auf das Selbstverständnis Magdeburgs als Kaiser- und Hansestadt verwiesen. Das kaiserliche Reiterstandbild, der bekannte und bis heute erhaltene „Magdeburger Reiter“ vor dem Rathaus, ist ein hervorragendes Beispiel dafür.⁵

Im sächsischen Quartier der Hanse hatte Magdeburg Anfang des 17. Jahrhunderts zusammen mit Braunschweig die Vorortfunktion inne.⁶ Als Handelsstadt wie als politischer und kultureller Mittelpunkt kamen im deutschen Nordosten nur wenige andere Städte der Elbmetropole gleich. Sie verfügte um 1631 über etwa 30.000–35.000 Einwohner und gehörte damit zu den größten Städten des Reiches.

3 Vgl. *Friedrich Wilhelm Hoffmanns Geschichte der Stadt Magdeburg*, neu bearbeitet von Gustav Hertel und Friedrich Hülße, Bd. 1, Magdeburg 1885, S. 499f.

4 Die Stadt Magdeburg wurde in protestantischen Bündnissystemen – z. B. Torgauer Bund, Schmalkaldischer Bund – wie eine freie Reichsstadt behandelt. Im Reichsmaßstab trat sie z. B. bei der Unterzeichnung des Nürnberger Religionsfriedens von 1532 als Vertragspartner auf. Zum Problem der Stadtverfassungen in der frühen Neuzeit vgl. u. a. Klaus Gerteis, *Die deutschen Städte in der frühen Neuzeit*, Darmstadt 1986, S. 65ff.

Im Streit um die Magdeburger Reichsfreiheit beriefen sich beide Parteien, Stadt und Landesherr, auf Festlegungen Kaiser Ottos des Großen. Die Stadt Magdeburg stützte sich auf ein Privileg des Kaisers vom 7. Juni 940, welches sie aber nicht nachweisen konnte. Administrator und Domkapitel beriefen sich dagegen darauf, dass der Kaiser angeblich im Rahmen einer Schenkung die Stadt an das Erzbistum gegeben habe, ohne jedoch ebenfalls dafür einen Beweis führen zu können.

Zu den diplomatischen Bemühungen der Stadt Magdeburg vgl. vor allem: Otto von Guericke, *Relationes, derer dem Herren Bürgermeister wegen gemeiner Stadt Magdeburgk 18 Jahr nach ein ander uffgetragenen und anvertrauten 17 unterschiedenen, mehrerenteils gar langwirigen Verschickungen (1642 bis 1660)*, Halle (Saale) 2005 (Otto von Guericke, *Gesamtausgabe*, hrsg. von der Otto-von-Guericke-Gesellschaft Magdeburg, Bd. 2).

5 Vgl. zum Magdeburger Reiter vor allem: Ernst Schubert, *Der Magdeburger Reiter*, in: *Magdeburger Museumshefte*, Heft 3, hrsg. von Matthias Puhle, Magdeburg 1994, S. 3f.

6 Vgl. zu dieser Frage vor allem: Wilfried Ehbrecht, *Magdeburg im sächsischen Städtebund. Zur Erforschung städtischer Politik in Teilräumen der Hanse*, in: *Festschrift für Berent Schwineköper*, hrsg. von Helmut Maurer und Hans Patze, Sigmaringen 1982, S. 319ff; Matthias Puhle, *Die Politik der Stadt Braunschweig innerhalb des sächsischen Städtebundes und der Hanse im späten Mittelalter*, Braunschweig 1985, S. 195ff.

Allerdings hatte es auch Rückschläge für die Stadtentwicklung gegeben, deren größter die Niederlage Magdeburgs im Handelsstreit mit Hamburg war, in deren Folge Hamburg eine dominante Stellung im Elbhandel errang.⁷ Doch es bestand nicht nur die Auseinandersetzung mit Hamburg, hinzu kamen der Handelskonflikt mit der stark von den albertinischen Landesherren geförderten Stadt Leipzig, der Dauerkonflikt mit dem Herzog von Braunschweig-Lüneburg und weitere Probleme, deren positive Lösung für Magdeburg mit der Kraft der Stadt allein auf Dauer nicht zu erreichen war.

Die Stadt Magdeburg war verfassungsgeschichtlich gesehen die namensgebende Hauptstadt des protestantisch gewordenen Erzstiftes. Das Erzstift aber verfügte nur über ein kleines Territorium und befand sich seit einigen Jahrhunderten im Einflussbereich der mächtigen weltlichen Kurfürstentümer Sachsen und Brandenburg, deren Kampf um die Vorherrschaft an der Mittelelbe eine wesentliche Rahmenbedingung der Stellung Magdeburgs war. Noch 1550/51 hatte die Elbestadt dem Zugriff Kursachsens widerstehen können.⁸ Schon damals war kurbrandenburgische Unterstützung dabei vonnöten. Die Besetzung des Magdeburger Erzstuhles durch Albrecht von Brandenburg im Jahre 1513 trug auch zu jener Konfliktsituation bei, die zur Auslösung der Reformation in Mitteldeutschland durch Martin Luther geführt hat. Nach der Reformation gelang es Brandenburg, dauerhaft die Position des Erzbischofs bzw. Administrators des Erzstiftes Magdeburg zu besetzen.

Doch vor dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges war von den Problemen der Magdeburger Stadtentwicklung oberflächlich wenig sichtbar. Der Krieg schien zunächst fern. Magdeburg zog sich in diesem Konflikt auf die hanseatische Position der Neutralität zurück, verfolgte weiter emsig das Ziel der Anerkennung seiner Reichsfreiheit und ging Handelsgeschäften nach. Das Neutralitätskonzept erwies sich jedoch auf längere Sicht als gefährlich, da sich die Elbestadt insgesamt in einer instabilen Situation innerhalb der politischen Machtkonstellation im Reich befand.

Die unsichere Lage der Stadt Magdeburg zwischen den Parteien des Krieges, ihre eigene Unentschlossenheit sowie die inneren Spannungen hinderten die Stadt nicht daran, erheblich aufzurüsten. Im Jahre 1623 waren die Arsenalen mit dem erforderlichen Kriegsgerät aufgefüllt und 800 Soldaten geworben.⁹

Das Mittelelbegebiet wurde im Jahre 1625 Kriegsschauplatz. Die Armee des kaiserlichen Feldherrn Wallenstein rückte im Herbst dieses Jahres in das Erzstift Magdeburg und das Hochstift Halberstadt ein. Wallenstein hatte sofort damit begonnen, die „fetten“ Stifte auszuplündern. Er verlangte von Magdeburg die Öffnung der Tore sowie die Aufnahme einer Garnison und sicherte sogar zu, dass die Stadt beim evangelischen Glauben bleiben könne. Doch der Rat lehnte dies mit Unterstützung der Bürgerschaft ab. Mit der

7 Um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert hatte sich der Konflikt mit Hamburg verschärft, da Hamburg die Magdeburger Privilegien auf dem Gebiete der Kornverschiffung weiter missachtete. In diesem Konflikt spielte auch das Magdeburger Domkapitel eine wesentliche Rolle, das darauf bedacht war, die Stellung der Stadt Magdeburg zu schwächen und daher Hamburger Interessen gegen die Stadt unterstützte. Vgl. Friedrich Albert Wolter, *Geschichte der Stadt Magdeburg*, Magdeburg 1901, S. 116f.

8 Vgl. *Magdeburg 1200. Mittelalterliche Metropole, Preußische Festung, Landeshauptstadt. Die Geschichte der Stadt von 805 bis 2005*, hrsg. von Matthias Puhle, Stuttgart 2005, S. 156f.

9 Vgl. Hertel und Hülße, *Magdeburg* (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 87.

Zurückweisung der Wallensteinschen Forderungen war die Stadt Magdeburg praktisch in eine Kriegssituation eingetreten. Gleichwohl versuchte man gegenüber dem Kaiser, eine taktierende Ausgleichspolitik fortzusetzen.¹⁰

Eines der Zeichen für das Zurückweichen der Stadt vor dem Druck Wallensteins war die Zustimmung des Rates zur Exhumierung und Translozierung der Gebeine des Heiligen Norbert, des 13. Erzbischofs von Magdeburg.¹¹ Die Übertragung der Gebeine Norberts nach Prag war ein die Öffentlichkeit der Stadt stark erregender Vorgang und stärkte die militant protestantische Opposition gegen die Ratspolitik des Ausgleichs und des Zurückweichens vor den Forderungen des Kaisers und seiner die Stadt umgebenden Truppen.

Zu dieser merkwürdigen, schwankenden Politik des Rates gehörte in dieser Zeit auch die Unterstützung der Armee Tillys, welche im Raum Hamburg operierte, mit Schiffen und sogar Kanonen. Im September 1627 erwarb sich der Rat Magdeburgs von Wallenstein das Recht, die Festungswerke auf 1.000 Schritt ausdehnen zu können und dabei einen großen Teil der Bauwerke der Vorstädte niederzulegen. Diese Maßnahme, die der Verteidigung der Stadt und der Beseitigung der ungeliebten Konkurrenz der Vorstädte gleichermaßen diente, musste allerdings sehr teuer erkaufte werden und schwächte Magdeburgs Finanzkraft weiter.¹²

Zutreffend hat August Wilhelm Francke im Jahre 1831 darauf hingewiesen, dass Magdeburg in „Anstrengungen für die Verteidigung evangelischer Freiheit seine Jugendkraft erschöpft“ hatte und dass man „nicht inne werden [wollte], daß sie [die Stadt] an einer inneren Abzehrung siehe“.¹³

Nachdem am 6. März 1629 das Restitutionsedikt in Kraft getreten war, endete die kaiserliche Politik des relativen Ausgleichs mit der Stadt und dem Erzstift. Der Kaisersohn Leopold Wilhelm wurde mit päpstlichem Entscheid zum Erzbischof von Magdeburg und Bremen ernannt, kam jedoch nicht in den Besitz des Erzstifts. Es setzten aber, gestützt auf das militärische Übergewicht der katholischen Partei, im Erzstift und in der Stadt Magdeburg massive Rekatholisierungstendenzen ein. Die Beschwichtigungspolitik Magdeburgs gegenüber den kaiserlichen Forderungen und Truppen war gescheitert. Zu der Blockade der Stadt kam 1629 auch die förmliche Belagerung.

Angesichts der Bedrängnis in der Rekatholisierungsfrage nahmen die Kräfte in Magdeburg wieder zu, die zur militanten protestantischen Partei neigten. Eine bedrohlich anwachsende Volksbewegung in der Stadt zwang den Rat dazu, ein folgenreiches Bündnis mit Schweden abzuschließen. Magdeburg war damit die einzige Hansestadt, die freiwillig ein förmliches Bündnis mit den Schweden schloss. Der schwedische König Gustav Adolf versprach seine baldige Ankunft und sandte seinen Hofmarschall, Oberst Dietrich von Falkenberg, in die Stadt. Falkenberg gelang es, Magdeburg beim Bündnis mit Schweden zu halten. Er übernahm den Oberbefehl über die Truppen, warb Kriegs-

10 Unter den kaiserlichen Gunstbezeugungen gegenüber Magdeburg war auch ein Schreiben vom 2. Dezember 1625, in dem Wallenstein aufgetragen wurde, die Hansestädte, besonders Magdeburg und Lübeck, wegen deren Treue mit Kriegsbelästigungen zu verschonen. Vgl. ebd., S. 91.

11 Vgl. Kaspar Elm, *Norbertus triumphans*, in: *Kloster Unser Lieben Frauen Magdeburg. Stift – Pädagogium – Museum*, hrsg. von Matthias Puhle und Renate Hagedorn, Oschersleben 1995, S. 59f.

12 Vgl. Hans Otto Gericke, *Magdeburg im Dreißigjährigen Krieg*, in: *Geschichte der Stadt Magdeburg*, Berlin 1977, S. 88f.; Ditmar Schneider, *Otto von Guericke. Ein Leben für die Alte Stadt Magdeburg*, Leipzig 1997, S. 48.

13 August Wilhelm Francke, *Vortrag auf dem Rathause der Stadt Magdeburg am 10. Mai 1831, dem zweihundertsten Gedächtnistage ihrer Zerstörung durch Tilly*, Magdeburg 1831, S. 15.

volk und organisierte die Verteidigung der Stadt. Ende 1630 rückte die Armee Tillys vor Magdeburg. Ende März 1631 begann der Angriff des Belagerungsheeres. In Magdeburg waren etwa 30.000–40.000 Menschen eingeschlossen. Die Stimmung in der Stadt neigte sich angesichts der aussichtslosen Kriegslage mehr und mehr der Kapitulation zu, ohne dass man sich aber zu einer klaren Haltung durchringen konnte. Die in Aussicht genommene Kapitulation wurde so bis zum 10. Mai 1631 hinausgezögert, als die kaiserliche Armee schließlich die Stadt eroberte und vernichtete. Nach Otto von Guericke's Zeugnis sind dabei etwa 20.000 Menschen – Bewohner und Schutzsuchende – umgekommen. Die Stadt wurde vor allem durch Brände bis auf wenige Reste vernichtet.¹⁴ Die überlebenden Bewohner ergriffen die Flucht aus den Trümmern, die „erste“ Stadt Magdeburg hatte damit aufgehört zu bestehen.



Matthäus Merian d. Ä., Eroberung der Stadt Magdeburg durch den kaiserlichen Feldherrn Tilly 1631 (Nürnberg 1633).

Der Untergang Magdeburgs am 10. Mai 1631 ist von Zeitgenossen und nachfolgenden Chronisten wiederholt mit dem Untergang Trojas oder auch Jerusalems verglichen worden.¹⁵ Diese Vergleiche unterstreichen die außerordentlich Bedeutung, die das Ereignis für das Empfinden der Zeitgenossen und noch nachfolgender Generationen hatte. Es gibt auch einen weithin bekannten Vorgang in der Magdeburger Geschichte selbst, der den Vergleich mit dem Untergang Trojas beschwört. Es handelt sich um den Kniefall des Magdeburger Dompredigers Reinhard Bake vor dem siegreichen Feldherrn Tilly, als jener den Dom öffnen ließ, wohin sich unter Bakes Obhut einige überlebende Magdeburger geflüchtet hatten.¹⁶

¹⁴ Vgl. Otto von Guericke, *Geschichte der Belagerung, Eroberung und Zerstörung Magdeburgs*. Aus der Handschrift zum ersten Male veröffentlicht von Friedrich Wilhelm Hoffmann, Magdeburg 21887.

¹⁵ Werner Lahne, *Magdeburgs Zerstörung in der zeitgenössischen Publizistik*, Magdeburg 1931, S. 12ff.

¹⁶ Vgl. Harald Schultze, *Domprediger Bake*, in: *Magdeburger Domhefte*, Bd. I, Magdeburg 2003, S. 12f.

Bis der Erste und danach noch der Zweite Weltkrieg im 20. Jahrhundert weit größeres Grauen über die Menschheit brachten, galt vielen Menschen mindestens in Europa die Zerstörung Magdeburgs vom 10. Mai 1631 als Sinnbild des Kriegsschreckens schlechthin.¹⁷

Im weiteren Verlauf des Dreißigjährigen Krieges entstand der furchtbare Begriff des „Magdeburgisierens“, mit dem die vollständige Vernichtung durch besonders grausame und rücksichtslose Kampfhandlungen gemeint war.

Einer der wichtigsten Geschichtsschreiber Magdeburgs im 19. Jahrhundert, Friedrich Wilhelm Hoffmann, hat angesichts dieser Katastrophe sogar geurteilt: „Mit dem Herabsinken Magdeburgs zu einer bloßen Provinzstadt verliert dessen Geschichte in notwendiger Folge auch alle ihre frühere Bedeutsamkeit und bietet nur noch ein geringes Interesse.“¹⁸ Diese Auffassung ist zweifellos übertrieben, aber sie deutet doch die Dimension des Bruches, das Trauma von 1631, an.¹⁹

Nach 1631 war es nicht einmal sicher, ob die Stadt überhaupt wieder aufgebaut werden und damit eine weitere geschichtliche Perspektive erhalten könne. Eine amtliche Zählung der verbliebenen Einwohner im Februar 1632 ergab lediglich die Zahl von 449 Personen.²⁰

Die Katastrophe von 1631 bewirkte, dass die Stadt in eine völlig veränderte Lage geriet und es in der Folgezeit nicht mehr vermochte, eine ähnlich bedeutende Stellung wie vor der Zerstörung zurückzugewinnen. Für das Absinken Magdeburgs auf nachgeordnete Ränge unter den deutschen Städten waren zwar noch eine Reihe anderer Gründe von Bedeutung, aber die Vernichtung von 1631 stellte dafür grundlegende Weichen.

Angesichts der Folgen für die Geschichte Magdeburgs gibt es Gründe, um in gewisser Weise von unterschiedlichen Städten vor und nach 1631 zu sprechen. Demnach ist nach 1631 eine „zweite Stadt“ entstanden. Mit der Katastrophe vom Mai 1631 ist das Stadtbild der mittelalterlichen Stadt, die meisten – romanischen oder gotischen – Bauten der Kaiser- bzw. Hansestadt, verschwunden. Nach Jahrzehnten der Unsicherheit, der Provisorien und der Angst vor erneuter Zerstörung erfolgte ein planmäßiger Neuaufbau erst viel später, vor allem nach den Richtlinien der preußischen Festungskommandantur. Bezogen auf die Bauten entstand die „zweite Stadt“ als „Barockstadt“, deren wesentliche Teile später im Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges vernichtet oder schwer beschädigt wurden. Doch nicht nur die Bauten der Stadt sind bis auf wenige Gebäude vernichtet worden, auch die Bevölkerungsstruktur erfuhr einen tiefen Bruch. Die übergroße Mehrheit der Bewohner ist nach Otto von Guericke Angaben bei der Eroberung und Zerstörung von 1631 umgekommen.²¹ Die Überlebenden verloren ihre Existenzgrundlagen,

17 Vgl. Lahne, *Magdeburgs Zerstörung* (wie Anm. 15), S. 24ff.

18 Friedrich Wilhelm Hoffmann, *Geschichte der Stadt Magdeburg nach den Quellen bearbeitet*, 3. Bd., Magdeburg 1850, S. 345.

19 Der Berliner Historiker Alexander Demandt hat im Jahre 2002 im Vorwort seines Buches *Sternstunden der Geschichte* bemerkt, man habe ihm nach der freundlichen Aufnahme zweier Auflagen in der Öffentlichkeit nahegelegt, er möge nunmehr auch an ähnlich bedeutende Schreckensereignisse, an „Unstern-Stunden“ der Geschichte erinnern. In diesem Zusammenhang zählt er die Zerstörung Magdeburgs durch Tillys Armeen im Jahre 1631 zu den „Unstern-Stunden“ der Geschichte. Ein solches Buch hat Demandt allerdings nicht geschrieben. Vgl. Alexander Demandt, *Sternstunden der Geschichte*, München 2004, S. 11.

20 Hertel und Hülße, *Magdeburg* (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 215.

21 Guericke, *Geschichte der Belagerung* (wie Anm. 14), S. 87.

durch die fast vollständige Zerstörung der Stadt konnten sie wenig mehr als das bloße Leben retten. Wer konnte, vermied es, die öde Stätte – die vordem die reiche und stolze Stadt Magdeburg gewesen war – zu betreten oder gar ohne zwingenden Grund hier wieder einen Neuanfang zu suchen.

Der größere Teil der Bewohner, die vor allem im 18. Jahrhundert die Stadt wieder zu bevölkern begannen, bestand nicht aus Zurückgekehrten. Darunter befanden sich auch hugenottische Glaubensflüchtlinge, die durch den brandenburgischen Staat, zu dem Magdeburg mittlerweile gehörte, auch deshalb ins Land gerufen worden waren, um durch den Dreißigjährigen Krieg besonders stark entvölkerte Gegenden und Städte wieder zu besiedeln.²²

Im Gegensatz zu diesen tiefen Brüchen gab es jedoch auch eine gewisse Kontinuität. Diese bestand zunächst in erhaltenen oder wiederhergestellten sakralen Bauten, an ihrer Spitze der Dom. Von den profanen Bauten haben nur wenige Gebäude in der Nähe des Domes und an der Elbe die Katastrophe überdauert.²³

Wichtiger noch als die Frage der Bauten aber war für die Kontinuität die Rückkehr von Vertretern der städtischen Oberschicht. Die berühmteste und bekannteste Persönlichkeit war dabei ohne Zweifel der Naturforscher und Bürgermeister Otto von Guericke. Diese Angehörigen der Oberschicht besaßen ihre privilegierte Stellung in der Regel nur in Magdeburg und waren daher gezwungen, sie hier wieder neu zu errichten. Die „Stadt-elite“ vermochte es, ein gutes Stück Selbstbewusstsein und Identitätsgefühl der untergegangenen Stadt auf das neue Magdeburg zu übertragen. Dadurch erklärt sich auch, dass bestimmte politische und ökonomische Ziele von denselben Repräsentanten der Stadt nach Kräften weiter verfolgt worden sind, die schon vor der Zerstörung deren Geschicke bestimmten. Es ist bemerkenswert, mit welchem Selbstbewusstsein die fast vernichtete Stadt ihre alten politischen und wirtschaftlichen Ziele weiter verfocht, obwohl dafür augenscheinlich keine oder nur schlechte Bedingungen vorhanden waren. Gleichzeitig ist erstaunlich, dass die Stadt die nicht geringen Mittel aufbrachte, die damals für diplomatische Verhandlungen eingesetzt werden mussten.²⁴ Das herausragende Beispiel dafür ist der vor allem durch den Diplomaten Otto von Guericke mit großem persönlichem Einsatz geführte Kampf um die Anerkennung der Reichsfreiheit.²⁵ Nicht nur Guericke, sondern auch weitere Vertreter der städtischen Oberschicht, die die Stadtverwaltung beherrschten, richteten ihre Politik nach dem Status Magdeburgs vor der Zerstörung aus und entwickelten keine grundlegend neuen Konzepte. Ihre Zielstellung bestand in der

22 Vgl. *Magdeburg 1200* (wie Anm. 8), S. 206ff.

23 Als „ältestes Haus der Stadt“, d. h. als das älteste erhaltene Wohngebäude der Altstadt gilt das Haus Remtergang 1. Das Fachwerkgebäude wurde im 16. Jahrhundert als Domherrenkurie errichtet. Der zwei-stöckige Renaissancebau mit steilem Satteldach und Schleppgauben verfügt über einen seitlichen Anbau. Vgl. *Häuserbuch der Stadt Magdeburg*, Teil II, aus dem Nachlass von Ernst Neugebauer bearbeitet und mit Regesten versehen von Hanns Gringmuth-Dallmer, Halle (Saale) 1956, S. 130.

24 Von Otto von Guericke ist bekannt, dass er einen großen Teil der Mittel aus seinem Privatvermögen nahm. Es hat gerade wegen der nicht erfolgten Rückerstattung durch den Rat der Stadt erhebliche Auseinandersetzungen zwischen Guericke und dem Rat gegeben. Vgl. Schneider, *Otto von Guericke. Ein Leben* (wie Anm. 12), S. 128.

25 Zu den diplomatischen Missionen Guerickes vgl. vor allem: Ditmar Schneider, „... vielmehr Schaden erlitten alß ich durch die freyheit gewonnen...“. *Die diplomatischen Abschiekungen Otto Gerickes durch den Rat der Alten Stadt Magdeburg von 1642 bis 1666*, in: „gantz verheeret!“. *Magdeburg und der Dreißigjährige Krieg; Beiträge zur Stadtgeschichte und Katalog zur Ausstellung des Kulturhistorischen Museums Magdeburg im Kloster Unser Lieben Frauen 2. Oktober 1998 bis 31. Januar 1999*, hrsg. von Matthias Puhle, Halle (Saale) 1998, S. 80ff.

Restauration und Sicherung der Stellung Magdeburgs gemäß dem Status quo ante. Man glaubte dabei, sich wie vor 1631 auf die Hansestädte und den längst niedergegangenen Hansebund sowie auf schwedische Hilfe stützen zu können.

Das aber hatte von vornherein einen rückwärts gewandten, unrealistischen Zug zur Folge, der sich in den Magdeburger Zielsetzungen und politischen Aktivitäten verstärkt seit dem Westfälischen Frieden zeigte.²⁶ Schon gar nicht berücksichtigte die Magdeburger Position die Verschiebungen und neuen Tendenzen im Kräfteverhältnis innerhalb des Reiches sowie hinsichtlich der geopolitischen Lage in Mitteldeutschland. Dabei ignorierten die Verantwortlichen des Magdeburger Rates den Machtzuwachs der beiden benachbarten Kurfürstentümer Sachsen und Brandenburg.

Aus den Aufzeichnungen Otto von Guericke ist bekannt, dass sich die starre Politik des Magdeburger Rates zur Durchsetzung der Reichsfreiheit mit zunehmender Dauer seiner diplomatischen Bemühungen nach dem Westfälischen Frieden als Hindernis für erreichbare Erfolge erwies.²⁷ Die unflexiblen Instruktionen des Rates hatten bei Guericke letzten diplomatischen „Abschickungen“ die Möglichkeiten einer angemessenen Reaktion auf eingetretene Entwicklungen erheblich eingeschränkt.²⁸

Es kann aber andererseits auch festgestellt werden, dass durch die Rückkehr von Angehörigen der städtischen Oberschicht in die zerstörte Stadt trotz aller Einbußen ein erheblicher Teil der Privilegien Magdeburgs vor allem auf handelspolitischem Gebiet wieder eingefordert bzw. behauptet werden konnte. Dazu gehörten das Stapelrecht und das Recht der exklusiven Getreideverschiffung aus dem fruchtbaren Hinterland.

Dennoch zeichnete die Magdeburger Stadtpolitik seit der Zerstörung eine Tendenz zur allgemeinen Defensive aus, die aus der Position der strategischen und tatsächlichen Schwäche resultierte. Man musste sich unablässig gegen die Angriffe und Begehrlichkeiten der Konkurrenten hinsichtlich der Wirtschafts- und Handelsstellung – besonders gegen Hamburg, Leipzig, aber auch gegen Burg und andere Städte – verteidigen; man musste ebenso ständig Versuche des sächsischen und des brandenburgischen Kurfürsten sowie anderer Fürsten, wie der anhaltischen, abwehren, die auf eine Einverleibung der Elbestadt in deren Territorium zielten.

Der Magdeburger Bürgermeister und Diplomat Otto Guericke hatte mit massiver schwedischer Unterstützung während der Friedensverhandlungen von Münster und Osnabrück scheinbar einen großen diplomatischen Erfolg für die Stadt erreicht: Magdeburg wurde die lang ersehnte Reichsfreiheit in Aussicht gestellt, wenn das umstrittene Privileg Kaiser Ottos des Großen sollte vorgelegt werden können.²⁹

Dabei erwies sich besonders die Auseinandersetzung mit dem brandenburgischen Kurfürsten als zunehmend schwierig, denn Brandenburg hatte im Westfälischen Frieden die Anwartschaft auf das Territorium Magdeburg erhalten, das bis zu dessen Ableben

26 Zu den Vorgängen um die Bemühungen Magdeburgs während der Friedensverhandlungen von Osnabrück vgl. vor allem die Aufzeichnungen von Otto von Guericke, in: Guericke, *Relationes* (wie Anm. 4), S. 49ff.

27 Das Problem der Reichsfreiheit Magdeburgs ist von der Geschichtsschreibung bereits vielfach debattiert worden. Eine erste Zusammenfassung der Diskussionen findet sich bei: Georg Stöckert, *Die Reichsunmittelbarkeit der Altstadt Magdeburg*, in: *Historische Zeitschrift*, 66 (1891), S. 193ff.

28 Vgl. Karl Gottfried Lindecke, *Der Bürgermeister als Diplomat. Guericke's Gesandtschaftsreisen von 1642 bis 1660*, in: *Die Welt im leeren Raum. Otto von Guericke 1602–1686*, hrsg. von Matthias Puhle, München und Berlin 2002, S. 75.

29 Der Beweis für die angeblich von Kaiser Otto dem Großen gewährte Reichsfreiheit konnte jedoch nicht erbracht werden.

noch vom kursächsischen Administrator August regiert wurde. Die Stadt Magdeburg wehrte sich gegen die Eingliederung in den brandenburgischen Staat zunächst durch ihre Bemühungen um die Reichsfreiheit.

Unter dem Einfluss der Kurfürstentümer Brandenburg und Sachsen wurden die Bestrebungen der Stadt Magdeburg in einem Gutachten zum Abschluss des Reichstages von Regensburg 1654 fast vollständig zurückgewiesen und sogar noch das für sie wichtige Stapelrecht als unrechtmäßig erklärt.³⁰ Obwohl die Umsetzung dieses für Magdeburg äußerst ungünstigen Gutachtens durch schwedisches Eingreifen verhindert wurde, war die Lage der immer noch schwer durch die Zerstörung von 1631 gezeichneten Stadt schlimmer geworden. Kursachsen ging nicht ohne Erfolg daran, das Magdeburger Stapelrecht zugunsten der sächsischen Stadt Burg in Frage zu stellen. Damit war eine der wichtigsten wirtschaftlichen Grundlagen Magdeburgs bedroht. Die Bedeutung als mitteldeutscher Messeplatz war schon vor der Zerstörung Magdeburgs zugunsten Leipzigs geschwunden und nun endgültig an die kursächsische Pleißestadt übergegangen. Unter solchen Bedingungen blieb für Magdeburg keine andere Wahl, als sich brandenburgischer Unterstützung gegen die sächsischen Zugriffe zu versichern. Es ist als wahrscheinlich anzusehen, dass Otto von Guericke dies klarer als andere Zeitgenossen erkannt hat. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte schon 1650 die Eventualhuldigung der magdeburgischen Stände in Salze entgegengenommen. Nun verlangte er dies auch von der Stadt Magdeburg selbst. Guericke reiste 1658 daher an dessen Hof nach Cölln, um eine Rücknahme des Huldigungsverlangens zu erreichen. Aus der Biographie Guericke und seinen Aufzeichnungen geht hervor, dass er schon zu diesem Zeitpunkt die Unvermeidlichkeit sah, sich schließlich dem Kurfürsten unterwerfen und den Traum der Reichsfreiheit aufgeben zu müssen.³¹

Im Jahre 1666 brach Kurfürst Friedrich Wilhelm mit militärischen Mitteln den Widerstand der Stadt, indem er ein Heer vor Magdeburg rücken ließ und sie ultimativ zur Unterwerfung aufforderte. Er stellte die Stadt damit vor die Alternative, entweder bei Erhalt wichtiger Handelsprivilegien brandenburgische Provinzstadt zu werden oder sich erneut in einen von vornherein aussichtslosen militärischen Kampf einzulassen.

Der Vertrag vom Kloster Berge trägt die Unterschrift des im Januar 1666 nobilitierten Otto von Guericke. Er unterzeichnete das Dokument sogar als erster der Magdeburger Repräsentanten. Diesem Umstand kann man mehr Bedeutung zumessen, als das gewöhnlich mit dem Hinweis auf Guericke's exponierte Stellung in der Stadt Magdeburg und namentlich auf seine aktuelle Stellung als präsidierender Bürgermeister geschieht. Diese Unterschrift dokumentiert die Einsicht Guericke's, die nicht allein auf der Drohung der brandenburgischen Heeresmacht beruhte. Es ergibt sich aber auch aus der Biographie des herausragenden Magdeburger Patriziers, dass er unter dem Scheitern der Bestrebungen nach Reichsfreiheit in besonderem Maße litt, zumal er das von ihm diplomatisch vertretene Ziel mehrfach nahe geglaubt hatte.

Dadurch wurde für Magdeburg einerseits eine neue Lebensperspektive im brandenburgisch-preußischen Staat gesichert, andererseits aber wurde die Stadt Provinzstadt und wichtigste preußische Festung mit allen damit verbundenen Folgen. Der Vertrag oder, wie es im Original hieß, der „Vergleich“ vom Kloster Berge aus dem Jahre 1666

³⁰ Vgl. Hoffmann, *Geschichte* (wie Anm. 18), S. 269.

³¹ Vgl. Schneider, *Otto von Guericke. Ein Leben* (wie Anm. 12), S. 105.

leitete eine Entwicklung ein, die Magdeburg in die Rolle einer brandenburgisch-preußischen Landstadt verwies.³² Die Zugehörigkeit zum brandenburgischen bzw. preußischen Staatsverband blieb bis zum Jahre 1945 bestehen. Der Vertrag und seine Konsequenzen für die Stadtgeschichte sind bis zur Gegenwart in der Stadtgeschichtsschreibung umstritten.

Für die Frage der Kontinuität steht im Kloster-Berge-Vertrag besonders die Bestätigung der Handelsprivilegien, die der Kurfürst jetzt zum Wohle des brandenburgischen Staates nutzen wollte. In der Zeit der borussisch dominierten Geschichtsschreibung hat es bis in das 20. Jahrhundert hinein an Lobpreisungen des Anschlusses an Brandenburg nicht gefehlt.³³ In der Zeit der Weimarer Republik griff dagegen eine kritischere Sicht auf die Zugehörigkeit zu Brandenburg-Preußen Raum.³⁴ Im Zusammenhang mit dem 300. Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Jahre 1931 wurde diese Zugehörigkeit vorwiegend als Hindernis einer gedeihlichen Stadtentwicklung gesehen und dabei vor allem auf die Nachteile verwiesen, die vom Ausbau Magdeburgs zur zeitweilig stärksten Festung der Monarchie ausgingen.³⁵

Bei dieser Diskussion ist zu berücksichtigen, dass die 1631 eingäscherte Stadt zur Zeit des Vertrages von Kloster Berge etwa 7.000 Einwohner aufwies.³⁶ Von einer halbwegs intakten und homogenen Bürgerschaft konnte nicht die Rede sein. Durch die Eingliederung Magdeburgs in den aufstrebenden brandenburgischen Kurstaat wurde zwar die Perspektive einer eigenständigen politischen Entwicklung verstellt, aber der Vertrag von Kloster Berge begründete andererseits eine Reihe von Möglichkeiten, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Bestätigung aller Handels- und wirtschaftspolitischen Privilegien und die ausdrückliche Versicherung des künftigen Landesherrn, die Stadt auch darüber hinaus nach Kräften fördern zu wollen, war für die immer noch schwer durch ihre Zerstörung gekennzeichnete Stadt eine sehr reale Perspektive, die sie ohne einen kräftigen Rückhalt kaum selbst hätte erreichen können. Innerhalb des brandenburgischen Staates, zu dem die Stadt de jure erst im Jahre 1680 kam, war Magdeburg zu dieser Zeit als Handels- und Gewerbestadt auch nach seiner Zerstörung noch eine bedeutende Größe.³⁷ Die brandenburgische Herrschaft gab Magdeburg seine regionale Stellung als Hauptstadt des jetzt als „Herzogtum“ bezeichneten früheren Erzstiftes zurück. Im Jahre 1714 ordnete König Friedrich Wilhelm I. die Übersiedlung der Regierungsbehörden des Herzogtums Magdeburg von Halle in die Elbestadt an. Regierung, Kammer und Konsistorium erhielten ihren Sitz in der Hauptstadt des Herzogtums. Dies war der Beginn der Entwicklung Magdeburgs zum preußischen Verwaltungszentrum.

32 Der Vertragstext ist abgedruckt bei: Käthe Bolle und Ingelore Buchholz, *Geschichte der Stadt Magdeburg von 1500–1789. Dokumente und Materialien, Quellensammlung zur Geschichte der Stadt Magdeburg*, Teil 3, Magdeburg 1969, S. 56ff.

33 Vgl. u. a. Julius Opel, *Die Vereinigung des Herzogthums Magdeburg mit Kurbrandenburg. Festschrift zur Erinnerung an die zweihundertjährige Vereinigung*, hrsg. im Namen der Historischen Commission der Provinz Sachsen, Halle (Saale) 1880, S. 94f.

34 Vgl. Hermann Beims, *Rede aus Anlaß des 300. Jahrestages der Zerstörung der Stadt Magdeburg*, in: *Magdeburger Amtsblatt*, 8. Jg., Nr. 20 vom 15. Mai 1931, S. 408.

35 Vgl. ebd.

36 Hertel und Hülße nennen für die Zeit unmittelbar vor der Pestepidemie von 1681 eine Bevölkerungszahl von „nicht voll 8.000“, die durch die Pestopfer (2.649) auf 5.155 Personen gesunken war. Vgl. Hertel und Hülße, *Magdeburg* (wie Anm. 4), S. 317.

37 Vgl. Gustav Hertel, *Der Anfall der Stadt und des Erzstiftes Magdeburg an das Kurfürstentum Brandenburg. Festschrift zur 200jährigen Jubelfeier am 4. Juni 1880*, Magdeburg 1880, S. 49.

Allerdings verfolgte der brandenburgische Kurfürst auch Pläne, die für Magdeburg weniger günstig waren und die im militärischen Ausbau der Stadt als Bollwerk an der Mittelelbe zum Schutz des brandenburgischen Kernlandes bestanden. Zwar war der Festungsausbau von wichtigen Städten in dieser Zeit keine erwähnenswerte Besonderheit, aber im Falle von Magdeburg erwies sich der Charakter als Festungsstadt in vieler Hinsicht als hemmend, so zum Beispiel als deshalb die von Kurfürst Friedrich III. gegründete moderne Universität nicht nach Magdeburg, sondern nach Halle kam.

Für die weitere Wirkung des Kloster-Berge-Vertrages kann nicht übersehen werden, dass die Stadt Magdeburg noch unter Kurfürst Friedrich Wilhelm mit der Zuwanderung der französischen und Pfälzer Glaubensflüchtlinge nach 1686 längerfristig erhebliche Impulse für die Stadtentwicklung erhielt. Die immer noch entvölkerte Stadt Magdeburg hatte nach Berlin die größte Kolonie von Flüchtlingen aufgenommen.³⁸

Die Stadtentwicklung unter brandenburgisch-preußischer Herrschaft hatte die Entstehung einer „zweiten Stadt“ Magdeburg zur Folge. Diese „zweite Stadt“ Magdeburg war eine brandenburgisch-preußische Landstadt, die mit dem Rückhalt des aufstrebenden Flächenstaates eine verheißungsvolle Zukunftsperspektive besaß. Allerdings war die Geschichte der Stadt bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hin mit der Existenz der zeitweise stärksten und wichtigsten preußischen Festung verbunden, die zweifellos erheblich die Stadtentwicklung prägte, aber auch mögliche geistige und kulturelle Aktivitäten einschränkte.

Dass aber die Zugehörigkeit zu Preußen in toto eine Misere für die Stadtentwicklung bedeutet haben soll, ist von Autoren in der Zeit der Weimarer Republik aufgebracht worden, die sich u. a. auf wegwerfende Bemerkungen von Immermann, Richard Wagner oder auch Georg Kaiser gestützt haben. Solche Auffassungen wurden auch in der DDR-Zeit immer wieder vertreten und betont. Derartige Standpunkte sind jedoch angesichts der tatsächlichen Entwicklungen unhaltbar, wie die genauere Beschäftigung mit der Magdeburger Stadtgeschichte im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines aus Anlass des 1200. Stadtjubiläums erarbeiteten – aber leider bis zur Stunde noch nicht erschienenen – neuen Geschichtswerkes zeigen.

Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Stadt Magdeburg im Zusammenhang mit der Frühindustrialisierung sogar außerordentlich günstig. In dieser Zeit wurde auch unter den Bedingungen des Festungsregimes eine Spitzenstellung in der wirtschaftlichen Entwicklung unter den Städten des Zollvereinsgebietes erreicht.³⁹ Dies war verbunden mit einem raschen Anstieg der Bevölkerungszahl, die sich nicht nur in der engen Stadt selbst, sondern um die Stadt herum in den Vororten ansiedelte. Über die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung hinaus sind auch bedeutende Beiträge zum geistigen und kulturellen Leben entstanden. Geradezu als vorbildlich gelten dabei vor allem gartenkünstlerische Gestaltungen.

38 Vgl. Friedrich Albert Wolter, *Geschichte der Stadt Magdeburg*, Magdeburg 1901, S. 209.

39 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: *Von der Reformation bis zur industriellen und politischen Doppelrevolution 1815–1845/49*, München 1989, S. 180.